

Herr Landrat, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zu Beginn meiner diesjährigen Haushaltsrede möchte ich einige wenige Gedanken zur Balance des Kreishaushalts formulieren:

Der Vorschlag, die Kreisumlage um 0,75 Punkte zu senken, ist die logische Folgerung der letztjährigen Haushaltsdiskussion, in der bereits eine vergleichbare Senkung der Kreisumlage in Rede stand. Der Haushaltszwischenbericht für 2018 zeigt, dass für eine entsprechende Senkung im Haushalt genügend Luft gewesen wäre.

Die SPD-Fraktion kann daher diesen Vorschlag der Kreisverwaltung ohne weiteres mittragen, wenngleich die Begründung mit Einsparungen für den Breitbandausbau vielleicht nicht ganz glücklich ist, nachdem es zu diesem Thema im Kreistag einige Missverständnisse und einen heftigen Dissens gab. Die SPD-Fraktion im Kreistag hatte von Anfang an dafür plädiert, für den Breitbandausbau sinnvolle Kooperationen zu suchen. Das scheint jetzt ja zu klappen und wir freuen uns über diese positive Entwicklung.

Der Investitionsanteil im Gesamthaushalt ist recht komfortabel. Es kann hier jedenfalls nicht von einem Sparhaushalt gesprochen werden. Infolge der guten Haushaltslage sind wir in der Lage, eigentlich alles zu finanzieren, was wir uns vorgenommen haben. Speziell auch die Großprojekte des Kreises wie das Kreisklinikum in Crailsheim und das Karl Kurz Areal in Schwäbisch Hall.

Bemerkenswert ist, dass der Finanzierungsanteil für Flüchtlinge mit netto 4 Millionen € nicht mehr nur marginal ist. Wir führen das unter anderem darauf zurück, dass die Flüchtlingsbetreuung zunehmend professionalisiert wird, was wir ausdrücklich befürworten. Allerdings fragen wir uns, ob dies mit den Zusagen des Landes zur Finanzierung der Aufgaben übereinstimmt, und bitten um Berichterstattung der Landkreisverwaltung.

Die vorgesehene geringe Höhe des Schuldenabbaus im Haushalt 2019 kann zwar unter Aspekten der Solidität nicht begeistern. Angesichts der genannten Großprojekte, die aus unserer Sicht zweifelsfrei erforderlich und unterstützenswert sind, ist in diesem Haushalt offenbar nicht mehr drin. Die SPD-Fraktion möchte sich aber doch ein Bild darüber machen können, wie der Schuldenabbau in den kommenden Jahren vom Kreis geplant wird und zwar nicht nur in absoluten Zahlen sondern auch in Relation zu dem Gesamthaushalt und den Restschulden und bittet dies umgehend in einer mittelfristigen Finanzplanung darzulegen.

Wenn ich jetzt die Gesundheitsversorgung im Landkreis Schwäbisch Hall an den Beginn und in den Mittelpunkt meiner Überlegungen zu den Projekten stelle, die im Kreishaushalt zur Finanzierung vorgesehen sind, dann hat das gute Gründe und ist nicht nur der Korrespondenz des Diakonie Klinikums Schwäbisch Hall geschuldet, die letzte Woche uns einigermaßen überrascht hat.

Es ist ein Glücksfall, dass auf einstimmiges Betreiben des Kreistags das Kreisklinikum in Crailsheim neu gebaut wurde. Genauso ermutigend ist es, dass die anstehende Erweiterung und Kapazitätssteigerung in ähnlicher Weise fraktionsübergreifend mitgetragen wird. Mit diesen erheblichen Investitionsmaßnahmen verband und verbindet sich die Hoffnung, nicht nur die örtliche Patientenversorgung beachtlich zu verbessern, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Einrichtung zu erhöhen.

Bedauerlicher Weise spricht die Entwicklung der Defizite im Kreisklinikum eine völlig andere Sprache. Der SPD-Fraktion reicht es nicht aus, diese Defizite ausschließlich auf gegebene Randbedingungen des Gesetzgebers zurückzuführen. Vor dem Hintergrund des nach oben katapultierenden Abmangels im Kreisklinikum ist es nach unserem Dafürhalten sehr wohl sinnvoll und erforderlich, Strategie und Prozesse im Klinikum zu

hinterfragen. Zwar hat der Sozialminister Manfred Lucha in Crailsheim vor wenigen Tagen gesagt, zusätzlich zu den Baukosten sollte das Land den Kommunen auch das ZITAT: „Geld geben, das sie zum Leben brauchen“. Leider hat er aber hinzugefügt ZITAT: „So weit sind wir leider noch nicht“. Also kommen wir nicht umhin, uns Gedanken darüber zu machen, ob und wie der Abmangel reduziert werden kann.

Zwar ist die Haushaltsrede einer Fraktion zu diesen Themen gewiss nicht die richtige Plattform. Da die SPD-Fraktion aber in diesem Kontext beabsichtigt, sowohl haushaltswirksame als auch strukturelle Anträge einzubringen, kommen wir nicht umhin, in einigen Punkten konkreter zu werden.

Ich glaube, dass der Kreistag fraktionsübergreifend von einer Gutachteritis absolut nichts hält. Und auch die gemachten Erfahrungen mit entsprechenden Gutachten waren nicht ermutigend. Deshalb beabsichtigen wir, in diesem Zusammenhang keine Gutachten zu beantragen.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Diakonie-Klinikum Schwäbisch Hall gGmbH kurz Diak und Kreis sieht vor, dass das Controlling als Dienstleistung vom Diak durchgeführt wird. Aus unserer Perspektive fehlt allerdings komplett eine Einschätzung des Controllers zu den strategischen und finanziellen Entwicklungen im Kreisklinikum. Zumindest ist uns eine entsprechende Einschätzung nicht bekannt.

Wir beantragen deshalb, im Finanzausschuss über die Wirksamkeit der Dienstleistung Controlling des Diak zu berichten, um darüber zu entscheiden, ob das Controlling zukünftig nicht vielleicht doch in eigene Hände genommen werden muss.

Außerdem erwarten wir, dass die Auseinandersetzungen über Perspektiven, Projekte und Finanzen intensiv fortgeführt werden auch vor dem Hintergrund, ob durch zusätzliche Kompetenzen die Strukturen verbessert und die Steuerung der

Prozesse erleichtert werden können. Für solche Gespräche erbitten wir konstruktive Vorschläge seitens der Verwaltung und aus den übrigen Fraktionen im Verwaltungsausschuss. Die SPD-Fraktion hat sich darüber vorab schon einige Gedanken gemacht. Wir beantragen deshalb, auch diesen Punkt für die Agenda der nächsten Finanzausschusssitzung aufzunehmen.

Unterm Strich betrachtet, besteht gewiss breiter Konsens darüber, dass die medizinische Versorgung unserer Raumschaft in nicht unerheblicher Höhe mit öffentlichen Mitteln des Kreises über lange Zeit zu finanzieren sein wird. Fragt sich nur: in welcher Höhe und mit welchen Steigerungsraten.

Unser Kreisklinikum ist ein Leuchtturmprojekt mit weiter Strahlkraft über das Mittelzentrum Crailsheim hinaus. Alle Akteure sind dabei ausdrücklich zu ermuntern, in ihren Anstrengungen zur Gewährleistung hochklassiger medizinischer Versorgung in der Grund- und Regelversorgung nicht nachzulassen.

Zwar werden in unserem Kreisklinikum 86 % der Patienten aus der Region Crailsheim behandelt. Dabei wird allerdings in unserem Landkreis vermutlich nicht einmal 50 Prozent der Gesundheitsversorgung im Bereich Grundversorgung abgedeckt. Den Counterpart übernimmt das Diakonie-Klinikum Schwäbisch Hall. Allerdings wachsen dort offensichtlich auch nicht mehr die Bäume bis in den Himmel, sodass Überlegungen des Diak über Partnerschaften, Strukturen und Finanzierungen im Gange sind.

Die Sozialdemokratische Fraktion im Kreistag kann nur insofern die Überlegungen des Diak flankieren, als diese auch tatsächlich den Landkreis und die hiesige Gesundheitsversorgung betreffen und soweit sich das Diak in seinem Schreiben für eine Förderung an den Landkreis gewendet hat. Wir sind allerdings fest davon überzeugt, dass es von Vorteil für unseren Kreis ist, wenn das Diak weitgehend eigenständig bleibt und nicht aus materiellen Gründen zu

irgendwelchen -wie auch immer gearteten- Fusionen sich gezwungen fühlt. Wir wollen von hier aus speziell keine Steuerung aus Neuendettelsau, die für unser Kreisklinikum erhebliche Risiken bergen würde. Wir wollen aber gleichwohl keine Fusion zwischen Diak und Kreis. Viele werden sich daran erinnern, dass eine Variante einer solchen Fusion bereits vor Jahren zum Desaster geführt und nur verbrannte Erde hinterlassen hat. Unsere Überlegungen sind gegenüber vielen vielleicht schon angedachten Varianten sehr einfach und das Einfache ist bekanntlich nicht selten auch das Charmanteste:

Wenn wir die uns gesetzlich aufgetragene medizinische Grundversorgung im Landkreis komplett abdecken wollen, brauchen wir das Kreisklinikum in Crailsheim genauso wie das Diak in Schwäbisch Hall. In Crailsheim ist uns diese Aufgabe beispielsweise 2019 einen Betrag von etwa 6 Millionen € wert, wenn wir die Investitionskosten neben dem Abmangel berücksichtigen. Warum sollten wir dann nicht auch bereit sein, für die Grundversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im Raum Schwäbisch Hall einen Beitrag an das Diak zu leisten, um weiterhin dessen absolute Eigenständigkeit zu bewahren, die uns im Rahmen unserer Kooperation ja nur gut tut. Mit dieser Grundüberlegung unterstützen wir den nunmehr vorliegenden Antrag des Diak zur Gewährung eines Investitionskostenzuschusses zur Bewältigung des notwendigen 2. Bauabschnittes mit einem jährlichen verlorenen Zuschuss in Höhe von 2,2 Mio. € über einen Zeitraum von 14 Jahren und beantragen die diesbezügliche Abstimmung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung.

Die sozialdemokratische Fraktion möchte jetzt auch nicht wieder über egal welche neue Zusammenarbeit mit dem Diak und die Übernahme neuer Verantwortungen des Landkreises beim Diak sprechen. Unsere Priorität sollte vielmehr darin liegen, jetzt erst einmal alle Kräfte zur Steuerung auf unser Kreisklinikum zu konzentrieren, bevor wir neue Steuerungsaufgaben beim Diak -mit oder ohne Augenhöhe-

angehen. Am besten wäre es aus unserer Sicht, wenn wir an der bestehenden Kooperation mit dem Diak möglichst wenig ändern. Das Diak deckt zusammen mit dem Kreisklinikum die Grund- und Regelversorgung im Landkreis ab und sorgt zudem für den Verbleib von Exzellenzmedizin in unserer Region.

Ein Schwerpunkt meiner letzten Haushaltsrede war das Thema Armut. Speziell hatte ich mich dabei der Kinder- und Altersarmut zugewendet. Zwar ließ die diesbezügliche Resonanz des Landkreises im vergangenen Haushaltsjahr zu wünschen übrig. Wir können jedoch nach dem Stand der Dinge zufrieden zur Kenntnis nehmen, dass in der letzten Sitzung des Begleitkreises der Seniorenplanung seitens des Landkreises zugesichert wurde, die notwendigen Erhebungen zur Altersarmut durchzuführen und den Kreistag damit Anfang 2019 zu befassen. Auch erhoffen wir uns umsetzbare Ergebnisse aus dem künftigen Kreissenorenplan zum Wohl der zunehmend älteren Bevölkerung im Landkreis.

Kinderarmut ist im reichen Deutschland ein gesellschaftlicher Skandal. Die SPD Fraktion hatte- wie gesagt- vor einem Jahr einen Fragenkatalog dazu erarbeitet mit der Bitte um einen Bericht von Seiten des Landkreises. Da innerhalb eines Jahres nicht einmal ein Zwischenbescheid erfolgte, erheben wir unser Anliegen nunmehr zum Antrag und bitten darüber um Abstimmung. Die Formulierung für den konkreten Antrag finden Sie in meiner letztjährigen Haushaltsrede. Dort sind zwei Schritte vorgesehen:

- Zunächst eine Bestandsaufnahme, für die wir konkrete Schritte formuliert haben und
- anschließend Erarbeitung einer Konzeption zur Prävention von Kinderarmut.

Wir wollen dieses Jahr beim Thema Kinder allerdings bereits einen Schritt weiter gehen. Die Profilierung unseres Kreises als schönster Landkreis in Baden-Württemberg oder Deutschland oder vielleicht der ganzen Welt finden wir zwar schön, als

Kernmarke unseres Kreises aber nicht sehr prägend. Wie wäre es, wenn wir uns stattdessen als der kinderfreundlichste Landkreis in ganz Baden-Württemberg profilieren würden? Und das wäre einfach und auch gewiss machbar.

Bereits jetzt übernimmt der Landkreis in nicht unerheblichen Umfang die Kindergartengebühren für entsprechend bedürftige Familien. Wäre es darüber hinaus nicht denkbar, dass der Landkreis mit seinen Kommunen generelle Gebührenfreiheit für die Kindergärten verhandelt und dafür entsprechend ins Obligo geht? Wir beantragen dazu eine entsprechende Erörterung im Sozialausschuss, bei welcher der Landkreis mögliche Varianten einer Kooperation mit den Kommunen darlegt und die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten nennt. Für das weitere Vorgehen kann der Sozialausschuss dann die Weichen stellen, um gleichzeitig auch die notwendigen Verhandlungen zu initiieren, die mit dem Land Baden-Württemberg in dieser Frage zu führen wären, das ja eigentlich für diesen Bereich zuständig ist. Zuständigkeit hin, Zuständigkeit her; bekanntlich gibt es ja nichts Gutes, sei denn man tut es! Dazu noch eine Anmerkung: auf Bundesebenen gibt es jetzt das „Gute KiTa-Gesetz“ mit dem auch bei uns in Baden-Württemberg eine gebührenfreie Kinderbetreuung ermöglicht werden kann.

Bevor ich mich anschließend noch an einigen Detailfragen abarbeiten möchte, greife ich jetzt erst noch einmal das Thema „Wirtschaftsregion Heilbronn Franken“ auf. Haben Sie in Erinnerung, dass diese Einrichtung in der Vergangenheit von sich Reden gemacht hat, wenn wir davon absehen, dass wir hier im Kreis über konzeptionelle Verbesserungen bei der WHF gesprochen haben. Wir beantragen deshalb, dass die WHF dem Kreistag über die Erfolge der neuen Strategien berichtet.

Meine Damen und Herren, eine Haushaltsrede im Kreistag ist keine Regierungserklärung speziell wenn man gar nicht an der Regierung ist! Es kann deshalb auch niemand erwarten, dass

alle Themen über das Gesagte hinaus angesprochen werden, die uns am Herzen liegen, wie beispielsweise:

- Umweltschutz
- Daseinsvorsorge
- Mobilität
- Digitalisierung und der Arbeitsmarkt von morgen
- Sozialer Wohnungsbau
- Zuwanderung.

Einige wichtige Details habe ich aus diesem Themenreigen anzufragen oder als Antrag formuliert. Damit meine Haushaltsrede aber eine erträgliche Länge behält, trage ich diesen Teil nicht mündlich vor sondern lege ihn in den Anhang mit der Bitte um Bearbeitung in den entsprechenden Ausschüssen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben und wünsche uns eine fruchtbare Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 2019.

Crailsheim 20.11.2018

Georg Schlenvoigt

ANHANG ZUR HAUSHALTSREDE DER SPD-FRAKTION 2019

Antrag:

Das Procedere für die Haushaltsberatungen ist seit Jahren festgezurrt. Ansätze, das zu ändern, wie beispielsweise im vergangenen Jahr durch die CDU-Fraktion, wurden bislang nicht aufgegriffen. Allgemein gilt, dass die Kreistagsmitglieder sich bei der Bearbeitung des Haushalts leichter tun würden, wenn vorab in den Ausschüssen mehr Zeit für Fragen zu Zahlen und Fakten wäre.

Die SPD-Fraktion beantragt deshalb:

Der Kreistag möge beschließen:

Die Reihenfolge der Sitzungen sollte für alle Haushalte ab 2020 wie folgt sein:

- Haushaltsrede Landrat
- Erläuterung in den Ausschüssen und Gelegenheit zu Nachfragen
- Haushaltsreden der Fraktionen und Anträge
- Beratung der Anträge in den Ausschüssen
- abschließende Beschlussfassung im Kreistag

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

**Der Landkreis erwirbt zwei Motorradlärmdisplays.
Kosten pro Gerät ca. 15-16000 €.**

Begründung:

Dass Verkehrslärm, u.a. auch Motorradlärm zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt, ist mittlerweile unbestritten. Sowohl im Rot-

und Kochertal als auch im Mainhardter Wald und an vielen anderen Stellen leiden Anwohner. Seitens der SPD-Fraktion wurde deshalb wiederholt der Vorschlag gemacht, Motorradlärmdisplays anzuschaffen. Damit wurden in Testgebieten gute Erfahrungen gemacht, über welche die Landkreisverwaltung informiert ist und über die im U+T-Ausschuss auch schon berichtet wurde. Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Landkreis zwei Geräte anschafft, welche die Gemeinden ausleihen können. Die zuständigen Stellen im Landratsamt können, ggf. in Abstimmung mit der Polizei und mit den Gemeinden einen zielgerichteten Einsatzplan erstellen.

Antrag:

Herr Landrat Bauer hat schon in seiner Haushaltsrede für 2018 den **sozialen Wohnungsbau** angesprochen; ein Thema, das für die Menschen, die bei uns im Landkreis leben, einen bedrückenden Mangel offenbart. Denn vielfach machen Mieten arm, nach Abzug der Wohnkosten bleibt zum Leben zu wenig übrig.

Die SPD-Fraktion beantragt deshalb eine Untersuchung der Wohnverhältnisse im Landkreis. Speziell denken wir dabei an Alleinerziehende, Gering- und Normalverdiener, Rentner/innen und andere sozial schwache Bevölkerungskreise. Daraus sollte abgeleitet werden, an welchen Orten schwerpunktmäßig der soziale Wohnungsbau gefördert werden muss.

Berichterstattung bitte im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Schulen.

Antrag:

Erwerbslose ältere Arbeitnehmer speziell der Generation 50plus

Trotz quasi Vollbeschäftigung im Landkreis können viele ältere Arbeitslose nicht am Arbeitsmarkt teilhaben trotz anhaltendem Fachkräftemangel.

50+ Arbeitnehmer/innen/Arbeitslose könnten meist noch 10-17 Arbeitsjahre bis zur Rente arbeiten.

Die Bundesregierung hat nun erfreulicherweise ein Programm für einen zweiten oder sozialen Arbeitsmarkt aufgelegt. Das betrifft in erster Linie

aber Langzeitarbeitslose, die 5 oder mehr Jahre schon „draußen“ sind, also nur einen Teil der Generation 50+.

Im Nachwuchsbereich tun wir auf Kreisebene bereits Beachtliches, um keine/n Jugendliche/n verloren zu geben:

- Projekte AVDual
- Projekte Schulabbrecher

Vergleichbare Aktivitäten werden für Arbeitnehmer der Generation 50+ angeregt.

Deshalb beantragt die SPD-Fraktion, seitens des Landratsamtes, die WFG und/oder den Arbeitskreis ESF/Arbeitsmarkt im Landratsamt zu beauftragen, diese Herausforderung der Generation 50plus **konzeptionell** anzugehen. Wir brauchen auch da ein Bündnis mit Arbeitgeberverbänden, der Handwerkskammer, IHK und Gewerkschaften und natürlich der Agentur für Arbeit/Job-Center.

Berichterstattung bitte im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Schulen.

Anträge zum Thema Mobilität:

Nachdem die Erörterung des Nahverkehrskonzeptes im Kreistag nicht ganz glücklich verlief, da die überwiegende Anzahl an Vorschlägen und Denkanstößen außen vor blieben, beantragt die SPD-Fraktion ein Mobilitätskonzept für den Landkreis zu erarbeiten. Erfreulich ist, dass diesbezüglich bereits Vorschläge aus dem Verkehrsausschuss und dem Kreisverkehr vorliegen auch dahin gehend, sich diesem Thema schwerpunktmäßig in einer Klausursitzung zu widmen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sind dabei vordringlich zu berücksichtigen:

- Die Vernetzung sämtlicher Mobilitätsangebote im Landkreis, Zusammenschluss von Verkehrsverbänden und Berücksichtigung auch der Anbieter von Drittmobilität.
- Die Nutzung von Fördermöglichkeiten zum Ausbau von Elektromobilität speziell auch im ÖPNV und eine stärkere Kooperation mit den Unternehmen, die in der Region bei der Elektromobilität als Vorreiter wirken.

- Nachdrückliche Unterstützung für die Murrbahn, die Hohenlohebahn und die Verlängerung der S-Bahn S4 von Nürnberg nach Crailsheim. Auch sollte der Landkreis eine aktive Rolle in der Interessengemeinschaft IG Stuttgart Nürnberg übernehmen.
- Für den Radverkehr wird die Vorlage des lang erwarteten Lageberichts erwartet zur Schließung von Lücken im Radwegenetz, zur Beseitigung von Gefahrenstellen und zur Steigerung der Attraktivität des Radwegesystems im Landkreis. Die Vorlage des Berichts bis Mitte 2019 wird hiermit beantragt.
- Bei allen hier formulierten Anforderungen sollten auch die Fußgänger nicht vergessen werden. Dieses Thema sollte für die Tagesordnung des Verkehrsausschusses aufgenommen werden.

Crailsheim 20.11.2018

Georg Schlenvoigt